



Regierungsratsbeschluss vom 22. September 2026

Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF);
Änderung des Bundesgesetzes gegen die Schwarzarbeit (Umsetzung Motion 24.3202 Candinas Martin); Vernehmlassung

P260984

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF).

Begründung

Der Regierungsrat begrüsst die vorgeschlagene Änderung des Bundesgesetzes über die Bekämpfung der Schwarzarbeit. Damit werden die rechtlichen Grundlagen geschaffen, um Verstösse gegen das Handelsregister-, Betreibungs- und Konkursrecht wirksamer zu ahnden, die Identität von Arbeitgebenden im Rahmen von Kontrollen zuverlässig festzustellen und die Zusammenarbeit mit Sozialversicherungen zu verbessern. Die Vorlage stärkt damit die Instrumente des Kantons zur Bekämpfung von Schwarzarbeit sowie Versicherungsmissbrauch und -betrug und trägt zu einem faireren Wettbewerb bei.

